

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Tagesvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 48. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelband Bochum.

Wir stehen an einem Wendepunkt!

Das Experiment der Bapen-Regierung. „Wehe dem Unternehmertum ...“

„Kollegen! Wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will; sie wird uns gerüstet finden.“

Diese wenigen Sätze aus dem Aufruf des Bundesvorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den wir in voriger Nummer der „Bergbau-Industrie“ veröffentlichten, kennzeichnen die schwerwiegende und ungeklärte Situation, in der wir uns noch immer befinden.

Schon lange knistert und kracht es im Gebälk der kapitalistischen Wirtschaft! Während wir beispielsweise im letzten Jahre als niedrigste Arbeitslosenzahl 3,9 Millionen aufzuweisen hatten und dabei im Winter auf 6,1 Millionen kamen, haben wir in diesem Jahre als niedrigste Arbeitslosenziffer 5,2 Millionen zu verzeichnen. 5,2 Millionen Arbeitslose im Hochsommer! Wieviel werden es im kommenden Winter sein? Niemand kann diese Frage beantworten. Aber eins ist gewiß: je mehr die Arbeitslosennot und wirtschaftliche Verelendung wachsen, um so dringlicher wird die Frage, wie lange der Widerstand des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems noch anhalten soll. Der Widerstand nämlich, daß, je mehr die Produktivität und der Warenreichtum der kapitalistischen Wirtschaft wächst, Millionen von Volksgenossen in steigendem Maße dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben sein sollen.

Schon lange ist auch durch die Praxis bewiesen, daß ein Ausweg aus dieser furchtbaren Wirtschaftsnote auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht mehr gefunden werden kann. Erinnerung sei nur daran, daß es kaum noch einen Wirtschaftszweig und ein Großunternehmen gibt, das eine staatliche Hilfe nicht in Anspruch nehmen mußte. Sowohl die Großbanken wie auch die industriellen Großunternehmer und nicht zuletzt die Großagrarien haben wiederholt und in verschiedenen Formen die finanzielle Hilfe des Staates beansprucht und damit dokumentiert, daß die Privatwirtschaft am Ende ihres Latens ist.

Kein Wunder, wenn antikapitalistische Gesinnung und antikapitalistischer Wille, zwei Ideenrichtungen, die früher nur in der freigeordneten Arbeiterschaft und in sozialistischen Kampfprogrammen zu finden waren, heute Gemeingut breiter Volksschichten geworden sind. Denn wenn auch der aufgelöste Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit nicht zustande brachte, so verfügten doch die Parteien, die ein sozialistisches Firmenbild tragen — ob zu Recht oder Unrecht ist in diesem Falle gleichgültig —, über eine Zweidrittelmehrheit.

Dessen ungeachtet hat die Bapen-Regierung ein Regierungsprogramm entworfen — und auch durch den Erlaß von Notverordnungen bereits praktisch in die Wege geleitet —, das den Weg aus der Krise nicht auf sozialistischer, gemeinwirtschaftlicher, sondern auf rein privatkapitalistischer Grundlage anbahnen soll.

So werden beispielsweise der Privatwirtschaft durch das System der Steuergutscheine Vergünstigungen von etwa zwei Milliarden Mark in Aussicht gestellt. Für diese staatliche Hilfe verlangt man aber von den Unternehmern keine Gegenleistung etwa in der Form, daß dem Staate für diese Subvention auch ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht auf die Geschäftsführung der Unternehmen eingeräumt wird.

Damit nicht genug! Neben dem System der Steuergutscheine hat die Bapen-Regierung durch ihre Notverordnungen Tür und Tor für einen weitgehenden Lohnabbau, für eine völlige Zerschlagung des Tarifwesens geöffnet. Durch ihre sozialpolitischen Maßnahmen hat sie gleichzeitig die Handhabe für eine weitgehende Zerschlagung der Arbeiterrechte geschaffen. Schon kurz nach ihrem Amtsantritt hat sie die Arbeitslosenversicherung so gut wie völlig beseitigt, die Bezüge der Arbeitslosen und Sozialrentner weitgehend gekürzt, um nun durch die Durchlöcherung des Tarifvertrages die letzten Schutzwälle der Arbeiterschaft gegen maßlose Verschlechterungspläne der Unternehmer zu beseitigen.

Die Bapen-Regierung äußert also den rückwärtsgerichteten Willen, die in stärksten Mißkredit geratene kapitalistische Wirtschaft wieder flottzumachen und spricht dabei vor keiner Maßnahme, sei sie auch noch so unsozial, zurück. Sie sieht ihre Mission darin, durch neue ungeheure Belastungen der Arbeitnehmerschaft und eine weitgehende Förderung der privatwirtschaftlichen Interessen, den wachsenden Druck der Arbeitslosigkeit zu mildern und den Bankrott der Privatwirtschaft zu verhindern.

Die Regierung Bapen ist sich dieser Mission auch voll auf bewußt. Die programmatischen Richtlinien, die Reichkanzler von Bapen kürzlich durch den Rundfunk verbreitete, beweisen das. Man ist sich auch in Regierungskreisen vollkommen über die Tragweite des Experiments klar. Man weiß: entweder gelingt es uns, die gemachten Versprechungen zu erfüllen, für Arbeit und Brot zu sorgen, oder aber die Todesstunde des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems hat endgültig geschlagen.

Reichkanzler von Bapen erklärte

in seinem Rundfunkvortrag wörtlich dazu folgendes:

„Alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von zwölf Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates. Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen mit dem einheitlichen Ziel, die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit zu überwinden, die bisher unaufhaltsame Schrumpfung der Wirtschaft aufzuhalten und dem deutschen Volk zu ermöglichen, überhaupt wirtschaftlich weiterzuegieren. Wenn wir jetzt mit entschlossener Hand das Steuer der Wirtschaftspolitik herumgerissen haben, so sind wir dabei keiner einseitigen Theorie gefolgt. Uns lenkt allein der tiefinnerliche Wille, unserem Volk den Wiederaufstieg aus Jahren entsetzlicher seelischer und materieller Not zu bahnen.“

Nach genauem Beobachten der Entwicklung der Weltwirtschaft sind wir zu der Entscheidung gekommen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da ist, um private Initiative zu wecken und ihr die Gelegenheit zu geben, nach der sie so oft gerufen hat, ihre gewaltigen realen und moralischen Kräfte zu entfalten. Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwenden. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen.

Lassen Sie mich das eine mit vollem Nachdruck unterstreichen: Mißlingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben und ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren, dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen.

Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend nur wartet.

Die Reichsregierung wird die Privatwirtschaft in der freien Entfaltung ihrer Kräfte nicht hindern. Sie tritt für die rein-

liche Scheidung von staatlicher und privater Wirtschaft ein. Die Betriebe, die sich ohne staatliche Hilfe nicht behaupten können, müssen es sich gefallen lassen, daß bei ihnen der staatliche Einfluß in einer Weise ausgeübt wird, daß ihr Ertrag lediglich dem Gemeinnutzen, keineswegs aber privatem Vorteil dient. Die Welt blickt heute voll Hoffnung und Spannung auf den Versuch der deutschen Wirtschaft, sich neues Leben zu erkämpfen. Eine wachsende Zuversicht geht über die Menschheit. Langsam beginnen die drückenden Schatten einer helleren Zukunft zu weichen, und der Glaube an das Leben erwacht wieder. Aber diese neue Zukunft läßt sich nur durch Kampf gewinnen. Sie fordert Taten, Mut und Vertrauen. Darum ruft die Reichsregierung das deutsche Volk zu dieser letzten Anstrengung auf, in dem sicheren Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns verfließen. Wirtlich der Plan der Reichsregierung so aus, wie er gedacht ist, dann werden Millionen aus dumpfer, verzweifelter Arbeitslosigkeit wieder erwecken, durch die Ueberrückung der Wirtschaft wird neues Leben pulfieren, und der lähmende und zerschlagende Druck der vergangenen Jahre wird weichen. Arbeit und Brot! Der Plan der Reichsregierung gibt beides.“

Die Bapen-Regierung versucht also ihre drakonischen und ungeheuerlichen Maßnahmen damit zu rechtfertigen, indem sie Arbeit und Brot verspricht. Sie gesteht aber auch gleichzeitig ein, daß, wenn dieser Plan mißlingt, das freie Unternehmertum, d. h. die privatkapitalistische Wirtschaft, verloren ist.

Wir stehen demnach an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Bapen-Regierung hat der notleidenden Masse des Volkes einen Wechsel ausgestellt, den sie einlösen muß. Gelingt es ihr nicht, das schwerwiegende Versprechen zu halten, dann ist nach ihren eigenen Verheißungen das kapitalistische System zum Untergang verurteilt und nur noch die sozialistische Planwirtschaft geeignet, Brot und Arbeit zu schaffen.

Die Arbeiterschaft und vor allem die freigeordneten marxistischen Anhänger nehmen diesen Teil der Regierungserklärung zur besonderen Kenntnis. Wenn auch die Bapen-Regierung in dem aufgelösten Reichstag nur 32 deutschnationale Stimmen für sich buchen konnte und niemand weiß, wie lange diese Regierung noch amtierend wird, so dürfte sich doch an der Einlösung des Versprechens nichts ändern. Weit wichtiger als das Versprechen an sich wird nämlich die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung in der nächsten Zeit sein, die entweder die von der Regierung erhofften Erleichterungen bringen, oder aber eine grundlegende Neuorganisation der Wirtschaft zur Folge haben muß. Daß gerade die Bapen-Regierung, dieses konservative und ausgesprochen kapitalfreundliche Kabinett, diese Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus so klar herausgestellt, erfüllt die marxistischen Kämpfer nicht nur mit besonderer Genugtuung, sondern ist auch der beste Beweis dafür, daß wir schwerwiegenden Entscheidungen entgegengehen, die aber, wie sie auch sein mögen, nach den Worten von Leipart, die Gewerkschaften für jeden Fall gerüstet finden!

Warum triumphiert die Sozialreaktion?

Die beiden letzten Jahren standen für die deutsche Arbeiterschaft im Zeichen eines allgemeinen Niederganges. Wiederholt wurden die Löhne abgebaut, die Sozialleistungen gekürzt und ungeredete Massenbelastungen verhängt. Mit der Schwärzung der gewerkschaftlichen Errungenschaften wurde die Lebenshaltung vieler Arbeiterfamilien auf einen Tiefstand herabgedrückt, wie er seinesgleichen nur in Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts findet.

Verursacht wurden diese Niedergangsercheinungen zu einem großen Teil durch die Wirtschaftskrise. Der Rückgang der Produktion, die Schrumpfung des Volkseinkommens, das Sinken des Beschäftigungsgrades und andere Merkmale wirtschaftlichen Niederganges machten an dem Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft nicht halt. Aber neben diesen mehr zangs läufigen Auswirkungen des wirtschaftlichen Niederganges spielten die machtpolitischen Verhältnisse keine geringe Rolle. Sind es doch gerade die Machtverhältnisse, die im Rahmen der Wirtschaftsmisere den Grad sozialer und wirtschaftlicher Verschlechterungen bestimmen. Von dem politischen und gewerkschaftlichen Kräfteverhältnis hängt es ab, inwieweit man den Befehl schon und die Krisenlasten rückwärts der Arbeiterschaft ausbildet. Von den Machtverhältnissen hängt es ab, ob durch eine sozial gerechte Verteilung der Arbeit und des Einkommens eine möglichst gleichmäßige Lastenverteilung angebahnt oder höchst einseitige, unsoziale Maßnahmen diktiert werden.

Wie sieht es aber mit den Machtverhältnissen in Deutschland aus? Soweit das politische Kräfteverhältnis in Frage kommt, sei zunächst auf den prozentualen Anteil der Linksparteien in den Parlamenten verwiesen. An der politischen Mandatszahl gemessen, erreichten die deutschen Linksparteien im Jahre 1919 den Höhepunkt ihrer politischen Macht. Damals, im Jahre 1919, bei der Wahl zur Nationalversammlung, verfügten die Arbeiterparteien über 44,2 Prozent der Mandate. Ungefähr der gleiche Stand, und zwar 42 Prozent, wurden

dann im Jahre 1928 bei der Reichstagswahl von der SPD. und der KPD. zusammen wieder erreicht. Bei der letzten Reichstagswahl dagegen (Juli 1932) erzielten beide Parteien nur noch 36,7 Prozent. Der prozentuale Anteil der Linksparteien an der parlamentarischen Mandatszahl ist demnach von 44,2 Proz. im Jahre 1919 auf 36,7 Prozent im Jahre 1932 zurückgegangen.

In der gleichen Zeit, in der die politische Machtposition der deutschen Arbeiterschaft durch den Rückgang der Linksparteien geschwächt wurde, erzielten die Rechtsparteien einen rapiden Aufschwung. So erhielten die Rechtsparteien im Jahre 1919 nur 10,4 Prozent, bei der diesjährigen Reichstagswahl aber 45,7 Prozent. Wenn dieser Sieg der Rechtsparteien auch in erster Linie auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Mittelparteien zurückzuführen ist, so stellt der Vormarsch der Rechtsparteien doch ein sehr beachtliches Symptom dar. Ein großer Teil der furchtbaren und ungerechten Verschlechterungen, die wir gegenwärtig erleben, ist nur eine Folge dieser veränderten Machtverhältnisse, ist eine Frucht des Vormarsches der Rechtsparteien.

Der größte Teil des deutschen Volkes und damit der Wählerbestand besteht aber bekanntlich aus Arbeitnehmern, so daß die Sozialreaktion, die wir gegenwärtig in Deutschland erleben, von der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade selbst verschuldet ist. Hinzu kommt, daß die KPD. als eine Linkspartei bisher eine parlamentarische Mitarbeit ablehnte und durch ihren gehässigen Kampf gegen die Gewerkschaften und die SPD. ihre politische Machtquote nicht in den Dienst einer deutschen Arbeiterpolitik stellte.

Wie sieht es nun, abgesehen von den politischen, mit den gewerkschaftlichen Machtverhältnissen aus? Sehr bezeichnend dafür sind einige Auslassungen in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 21. September. Darin heißt es: „Wir haben in Deutschland rund 16 Millionen erwerbsfähige Arbeiter beiderlei Geschlechts. Von diesen erfassen die freien Gewerkschaften rund 4 Millionen und die christlichen Ge-

Der 30. Internationale Bergarbeiterkongress in London.

II.

Im Anschluß an die Erledigung des Geschäftsberichts sprach Digne (Frankreich) über den Punkt:

Kampf gegen den Krieg.

Er führte im wesentlichen aus: Auf allen unseren internationalen Kongressen hat diese schwerwiegende Frage auf der Tagesordnung gestanden. Vor zwei Jahren nahm der Krakauer Kongress eine Entschließung an, in der sich die unserer Bergarbeiterinternationalen angeschlossenen Länder zu einem unablässigen Kampf gegen diese furchtbare Geißel verpflichteten und das Büro beauftragten, beim Vorstand der Gewerkschaftsinternationale einen Vorschlag über einen 24stündigen Streik zu machen. Dabei hatten der Verfasser der Entschließung ebenso wie die Delegierten im Auge, daß diese Manifestation der Arbeiterbewegung den festen Willen der Arbeiter zum Ausdruck bringen sollte, alles zu tun, um der Menschheit diesen furchtbaren Schrecken zu ersparen. Ohne diese Maßnahme abzulehnen, ist vielleicht zu überlegen, ob nicht noch andere Mittel gegeben sind oder entwickelt werden können, um für alle Zeiten die Welt von der Möglichkeit eines solchen Unglücks zu befreien.

Solche Mittel bestehen, und es ist Sache der Gewerkschaftsorganisation, ja es gehört zu ihren heiligsten Aufgaben, sie den Arbeitern bewußt zu machen. Sie haben die Pflicht, belehrend und erziehend dahin zu wirken, daß bei allen sich bietenden Gelegenheiten für die Annäherung der Menschheit gearbeitet wird ohne Unterschied der Rasse, für den Frieden!

In moralischer Hinsicht ist die heutige Situation günstiger als vor der furchtbaren Tragödie von 1914. Die Verfasser der Friedensverträge haben die Idee nicht übergehen können, die während des Krieges so viele Menschen ergriffen hat, daß nämlich ein von den Staaten unabhängiges Organ geschaffen werden müsse, das genügend Autorität hätte, um in friedlicher Weise die Konflikte der Nationen zu schlichten. Diese Idee ist in Gestalt des Völkerbundes verwirklicht. Gemäß ist der Völkerbund noch weit davon entfernt, dem Ideal zu entsprechen, das die Gewerkschaftsbewegung von jeher verfolgt hat. Dieses Organ, das regelmäßig Vertreter der kapitalistischen Staaten vereinigt, ist allzuoft geneigt, den Einflüssen nachzugeben, welche gewisse ihm angehörige Staaten ausüben und allzuoft seine eigentliche Aufgabe zu vernachlässigen, die darin besteht, dem Recht und der Gerechtigkeit zu dienen. Trotz aller Unvollkommenheiten und trotz seiner in gewissen Fällen offensichtlichen Ohnmacht, die auf kapitalistische Gebrechen zurückzuführen ist, entspricht der Grundsatz dieser internationalen Einrichtung dem, was unsere Vorkämpfer unermüdet verlangt haben, als sie die Geheimdiplomatie verdammt, die ja für so zahlreiche Konflikte verantwortlich ist. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir die Errichtung dieser internationalen Organe begrüßen. Es ist eine Aufgabe der Arbeiterdemokratie, unaufhörlich um seine Festigung bemüht zu sein, damit es einflußreicher und unabhängiger wird, um seine Friedensaufgabe erfüllen zu können. Darin besteht eins und nicht etwa das geringste der Mittel, die wir zur Verfügung haben.

Welche edle Aufgabe ist es, Menschen zu erziehen, um in ihre Herzen diese große und hervorragende Idee menschlicher Brüderlichkeit zu senken! Können denn Unterschiede der Rasse,

der Kultur, der Sitten ihre Verwirklichung verhindern? Nein! Sollte es nicht möglich sein, das menschliche Wesen zu dieser Verständigung zu bringen? Gewiß wird das möglich sein, wenn die Menschen sich die notwendige Mühe geben und sich nicht täuschen und irreführen lassen von kriegerischen Einflüsterungen. Weil sich die Menschen auf der einen Seite der Grenze denen auf der anderen Seite überlegen glaubten und aus anderen Nichtigkeiten ist einer über den anderen hergefallen, um sich gegenseitig zu töten. Man müßte an der Menschheit zweifeln, wenn man annehmen müßte, daß sie für immer unfähig wäre, zu menschlicheren Zuständen zu kommen. Zweifellos werden wir dabei einen langen Weg vor uns haben, der viel Geduld erfordert.

Zweifellos werden in jedem Lande die bösen Kräfte ein Echo finden, um unsere Friedensaktion aufzuhalten oder gar zu vernichten. Die Militaristen aller Länder, denen der Krieg der einzige Lebensgrund ist, werden nicht verfehlen, den Chauvinismus in ihren Ländern hochzutreiben. Sie werden es verstehen, gefährliche Strömungen entstehen zu lassen, indem sie ehrgeizigen Politikern zur Macht verhelfen, um sie dann zu ihren finsternen Zwecken zu gebrauchen. Bei diesem kriegerischen Bestreben werden sie die Unterstützung der interessierten Fabrikanten von Kanonen und Munition und aller Arten von Todesmaschinen finden.

Um diesen üblen Mächten entgegenzutreten zu können, ist es notwendig, daß wir die Arbeiter auffordern, sich unseren Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen, damit der Kampf schonungslos geführt werden kann.

Zur Zeit ist die Abrüstungskonferenz versammelt. Mehr als 50 Länder nehmen daran teil. Das ist schon ein erster Erfolg. Was wird das Endergebnis sein? Ohne etwas über die Ergebnisse voraussagen zu können, erklären wir mit allem Nachdruck, daß uns nichts davon abhalten wird, das Ziel der völligen Abrüstung zu verfolgen. Außerdem müssen wir die Kontrolle über die private Waffenindustrie verlangen. Es ist bekannt, wie sehr dieses Gewerbe zur Zeit die Quelle zahlreicher Konflikte darstellt.

Schließlich ist es unumgänglich, daß es in der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu einer noch engeren und vertrauensvolleren Zusammenarbeit zwischen den Völkern kommt. Diese Mittel werden auch beträchtlich zur Entwicklung des Völkerbundes beitragen und werden bestimmt zur Folge haben, daß man ihm die materiellen Mittel gibt, die er heute nicht hat, um ihn in den Stand zu setzen, in friedlicher Weise die Streitigkeiten von Land zu Land zu schlichten.

Wie aus diesem vielleicht etwas zu kurzen Bericht erhellt, hat die gesamte Gewerkschaftsbewegung und so auch unsere Internationale eine bedeutende Aufgabe zu erfüllen. Wie ich schon eingangs sagte, müssen wir unablässig zugunsten der völligen Abrüstung tätig bleiben, ohne auf die Aktionsmittel zu verzichten, die wir in den letzten Jahren ins Auge gefaßt hatten und auf die wir nötigenfalls zurückgreifen können.

Wenn die Menschen dieses Ziel erreicht haben werden, so wird der Krieg in Wirklichkeit verschwunden sein. Dann wird die Menschheit erst in voller Entfaltung leben können. Sie wird dann sicherlich sich auch denjenigen erkenntlich erweisen, die sich dafür geopfert haben. Die Gewerkschaftsbewegung, die Internationale wird diese heilige Aufgabe nicht vernachlässigen.

Die Lage im Eisenerzbergbau

behandelte als fünften Punkt der Tagesordnung Edward Mattson (Schweden):

Der wichtige Beschluß des Krakauer Kongresses 1930 bezüglich der Frage der Erzbergarbeiter gab Veranlassung zu einer Untersuchung der Lage der Arbeiter in den Eisenerz- und Kalibergwerken. Diese Untersuchung ist vorgenommen worden und ist kürzlich im Jahre 1932 durch eine weitere Untersuchung ergänzt worden. Es geht aus den Berichten hervor, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise die Eisenerzländer so stark ergriffen hat, daß die Arbeitsbedingungen in diesem Wirtschaftszweig in geradezu furchtbarer Weise verschlechtert worden sind und eine große Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Angesichts dieser zunehmend schwierigen Lage in den einzelnen Ländern ist es natürlich in erster Linie Sache der angeschlossenen Landesverbände, dann aber auch eine Aufgabe der Bergarbeiterinternationalen, hier Mittel und Wege zur Abhilfe zu finden versuchen. In dieser Hinsicht sehen wir als geeignetes Mittel für die nächste Zukunft wie in der Vergangenheit die bewährte und noch zu verstärkende Gewerkschaftsarbeit in Gestalt von Tarifabschlüssen über Löhne, Arbeitszeit, sonstige Arbeitsbedingungen, bezahlten Urlaub usw. In dieser Hinsicht möchten wir die Bedeutung des Kampfes um den Tarifvertrag besonders unterstreichen, da Tarifverträge an und für sich einen großen und auch moralischen Wert besitzen und außerdem auch auf die unorganisierten Arbeiter Einfluß ausüben.

Dabei muß man unserer Meinung nach aber immer das Endziel der Gewerkschaftsbewegung im Auge behalten, das auf die Eroberung, Bewahrung und schließlich Inbetriebnahme der Produktionsmittel und des Verteilungsapparates der Wirtschaft durch die Arbeiter gerichtet ist. Auf dieses Endziel muß unser Tun und Handeln immer ausgerichtet sein. Wenn das der Fall ist, darf auch heute und in der Zukunft die Arbeiterklasse Vertrauen zu ihrem Wirken haben.

Außer der erwähnten Gewerkschaftsarbeit wollen wir noch als weiteres Mittel die Beeinflussung und Verbesserung der Sozialgesetzgebung bezeichnen zur Verbesserung der Alterspensionen, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

Was gegenwärtig getan werden kann.

Wenn wir jetzt auf die spezielle Eisenerzbergarbeiterfrage eingehen, so wollen wir darauf hinweisen, daß die Untersuchungen die unheilvolle Tatsache zeigen, worauf auch der Kongress sein größtes Augenmerk richten sollte, daß ein sehr hoher Prozentsatz von unorganisierten Erzbergarbeitern vorhanden ist. Er beträgt nicht weniger als 50 Prozent. Daraus geht, wie man annehmen muß, eine gewisse Schwäche der betreffenden Landesorganisationen hervor, worüber gesprochen werden muß. Zweifellos handelt es sich hier um ein sehr ernstes Problem, das man aber entschlossen in Angriff nehmen muß, wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen. Die organisierte Arbeiterklasse hat in der Vergangenheit manche schwierigen Probleme gelöst und das muß auch in diesem Fall gehen. Da braucht man nicht lange noch zu überlegen, weil in Wirklichkeit ja nichts weiter zu tun ist, wie an die wirkliche Arbeit zu gehen, das heißt also, wirkliche Agitations- und Organisationsarbeit vorzunehmen, die in erster Linie durch die Landesverbände selbst und zusätzlich durch die Unterstützung der Bergarbeiterinternationalen getan werden muß.

Was in dieser Hinsicht die angeschlossenen Organisationen tun können, ist schon aufgezeigt worden, so daß darüber nichts mehr zu sagen ist, weil jede Organisation wohl am besten weiß, welche Methoden dabei die nützlichsten und wirksamsten sind.

Es bleibt jedoch noch zu prüfen, welche praktische Unterstützung dabei die Bergarbeiterinternationalen leisten kann. Die Internationale hat große Aufgaben zu erfüllen und schon die Ausführung des Krakauer Kongressbeschlusses von 1930 hat uns überzeugt, daß die Bergarbeiterinternationalen in der Lage sind, eine gute Unterstützung zu leisten. Wir nehmen an, daß die Internationale auf diesem Wege erfolgreich fortgeschritten wird, wobei wir darüber hinaus eingedenk bleiben wollen, daß es für eine aktive Bewegung praktisch keine Grenzen ihres Wirkens gibt, solange ihr Ziel noch nicht erreicht ist.

15 Landesorganisationen sind der Bergarbeiterinternationalen angeschlossen.

Wir bitten das nun zu Sagende nicht mißverstehen oder als eine negative Kritik auffassen zu wollen, da das nicht in unserer Absicht liegt. Wir möchten im Gegenteil in einer möglichst ernsten Art die Möglichkeiten für einen weiteren praktischen Fortschritt sowohl für die angeschlossenen Organisationen als auch für die Bergarbeiterinternationalen selbst zu eröffnen. Wenn der Londoner Kongress eine Entscheidung in dieser Richtung treffen würde, so würde sie uns, wie schon der Krakauer Beschluß es tat, eine weitere Festigung bringen, worüber wir uns freuen würden.

Schon in der Einleitung dieses Berichtes haben wir erwähnt, daß nur acht Organisationen den Fragebogen des Internationalen Sekretärs beantwortet haben. Daraus geht eine gewisse Gleichgültigkeit hervor. Ehe darüber etwas weiteres zu sagen ist, möchte ich zugunsten unserer Internationale bemerken, daß in den 27 Ländern, die der Gewerkschaftsinternationalen angeschlossen sind, 15 Bergarbeiterorganisationen bestehen und daß alle diese 15 Organisationen der Bergarbeiterinternationalen angeschlossen sind. Das sind die Bergarbeiterverbände: Österreich, Frankreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien, Holland, Amerika, Ungarn, Luxemburg, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden, Jugoslawien und Tschechoslowakei.

Außer den angeschlossenen 15 Landesverbänden gibt es verschiedene Arten von Bergarbeiterorganisationen in 14 anderen Ländern, so in: Nord- und Süd Afrika, Brasilien, Chile, China, Belgisch-Kongo, Britisch-Indien, Japan, Mexiko, Norwegen, Neu-Seeland, Portugal, Australien und Rußland.

Propaganda und Verhandlungen mit nicht angeschlossenen Verbänden.

Die erwähnten vorbereitenden Untersuchungen geben, soweit die Eisenerzindustrie in Betracht kommt, zu einem gewissen

Grade einen internationalen Überblick in dieser Beziehung. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß noch mehr Propaganda gemacht werden muß und Verhandlungen angebahnt werden müssen mit allen Bergarbeitern in entweder noch nicht organisierten oder noch nicht angeschlossenen Ländern. Mit anderen Worten: die Mitgliedschaft muß verstärkt werden durch den Anschluß solcher Bergarbeiterverbände, die noch außerhalb der Bergarbeiterinternationalen stehen, da unsere Parole sein muß: Bergarbeiter der Welt, organisiert euch und schließt euch der Bergarbeiterinternationalen an!

Würde eine Umbildung der Bergarbeiterinternationalen in zwei Fachgruppen von Vorteil sein?

Natürlich wäre es übertrieben, ohne die Frage näher untersucht zu haben, anzunehmen, daß es möglich sein würde, alle Bergarbeiter der Welt in naher Zukunft zu organisieren und der Bergarbeiterinternationalen anzuschließen. Das wollen wir also nicht annehmen, weil es eben keine leichte Sache ist und wir die Schwierigkeiten ja durchaus kennen. Wir nehmen jedoch an, daß es der praktischen Politik unserer Internationale einfließen wird, dahin zu gelangen, wenn sie in der Lage ist, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und wir glauben, der erste praktische Schritt auf diesem Wege ist die Errichtung von zwei Fachgruppen der Bergarbeiterinternationalen.

Die Umbildung unserer Organisationen in dieser Weise würde die Internationale in der Lage setzen, sich mehr mit den besonderen Berufsinteressen der verschiedenen Arten von Bergarbeitern zu beschäftigen und würde außerdem die Propaganda und die Verhandlungen mit den nicht angeschlossenen Verbänden sicherlich erleichtern.

Wenn man weiter darüber nachdenkt, so wird man sich fragen, warum in den Jahren vor dem Krakauer Kongress 1930 jellen andere als Kohlenbergarbeiterfragen erörtert worden sind. Zweifellos hat es dafür Gründe gegeben, daß solche Fragen nicht zur Erörterung gestellt worden sind. Ein Grund ist unserer Meinung nach der, daß es in der Tat in der Welt nicht ein „Metallbergbauproblem“ gegeben hat, wie es beispielsweise ein „Kohlenproblem“ gibt. In unserer Internationale haben und werden auch weiterhin die Kohlenfragen vorherrschen, bis das Kohlenproblem in einer für die Kohlenbergarbeiter zufriedenstellenden Weise gelöst ist. Ein derartiger Standpunkt ist vollkommen in Ordnung und liegt auch ganz in der Linie der praktischen Absichten unserer Internationale. Dazu ist weiter nichts zu bemerken.

Es steht also fest, daß, weil ein sogenanntes Metallbergbauproblem nicht im gleichen Sinne wie ein Kohlenproblem bestanden hat, unsere Internationale sich nicht im gleichen Maße mit diesen Fragen befaßt hat. Dennoch müssen noch weitere Gründe vorliegen, daß man sich bisher im wesentlichen kaum mit anderen als Kohlenbergarbeiterfragen beschäftigt hat, obwohl doch solche anderen Fragen bestehen. Die Untersuchungen zeigen uns klar, daß wir heutzutage ein Erzproblem haben, das ebenso umfassend ist wie das Kohlenproblem.

Empfinden die Bergleute die Notwendigkeit, sich der Berufsinternationale anzuschließen?

Wenn man der Frage weiter nachgeht, weshalb andere als Kohlenfragen in der Bergarbeiterinternationalen bisher nicht behandelt worden sind, so wird man festzustellen haben, daß die verschiedenen Landesverbände der Eisen-, Salz-, Zinn- und Kupfererz- und der Kalibergarbeiter wohl nicht sehr überzeugt gewesen sind, daß sie viel erreichen, wenn sie ihre Fragen in der Internationale vorbringen. (Wir möchten feststellen, daß der schwedische Bergarbeiterverband nicht so gedacht hat.) Weil eine Reihe von Bergarbeiterverbänden die Dinge so betrachtet hat, werden sie nicht die Notwendigkeit empfunden haben, zur Berufsinternationale zu gehören. Wenn man die Frage aufwirft, wieviel sie zu dieser Meinung gekommen sind, so würde man in erster Linie sagen müssen, daß sie selbst nicht versucht haben, ihre Probleme vor die Internationale zu bringen und in zweiter Linie, daß sie die Auffassung gehabt haben, daß sich die Bergarbeiterinternationalen ausschließlich mit Kohlenfragen befaßt. Das ist jedoch, wie wir wissen, ein Mißverständnis und wir geben gern zu, daß seit dem Krakauer Kongress unsere Internationale sich stets auch mit Erzbergarbeiterfragen beschäftigt hat, jedoch scheinen die meisten der verschiedenen Erzbergarbeiter selbst kein großes Interesse an der Arbeit unserer Internationale zu nehmen.

Ist es eine zufällige Interesslosigkeit?

Wir glauben nicht, daß eine derartige Interesslosigkeit zufällig ist, doch muß der Grund, warum sie nicht viel Interesse an der internationalen Arbeit haben, darin liegen, daß sie meinen, die Internationale hätte keinen Zweck. Unserer Ansicht nach kann man keine anderen Schlüsse ziehen.

Gute Ergebnisse hängen in erster Linie von der Aktivität der Landesverbände ab. Man darf nicht unbeachtet lassen, daß die Bergarbeiterinternationalen nicht viel erreichen kann, ohne den Willen und die Aktivität der einzelnen Organisationen selbst. Was die Internationale jedoch tun könnte, wäre die Unterstützung dieser Aktivität, indem sie — wie bereits erwähnt — zwei Fachgruppen innerhalb der Internationale gründete. Dadurch wäre es der Bergarbeiterinternationalen möglich, die betreffenden Bergarbeiter zu überzeugen, daß sie in der Tat die Möglichkeit haben, ihre speziellen Fragen selbst in allen Einzelheiten innerhalb unserer Internationale behandelt zu sehen. Wenn sie hiervon überzeugt werden, haben sie wenigstens keine Ausreden mehr und wir glauben, daß die Arbeiter in den Erzgruben der ganzen Welt recht bald für eine engere Mitarbeit in der Bergarbeiterinternationalen gewonnen werden könnten.

Schlußfolgerungen.

Die Folgerungen, die wir aus diesen ganzen Feststellungen zu ziehen haben, können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. die Notwendigkeit, noch mehr organisierende Arbeit in mehreren Ländern vorzunehmen;
2. die Notwendigkeit der Hilfe von Seiten der Bergarbeiterinternationalen für mehrere Länder;
3. die Notwendigkeit eines besseren internationalen Berufszusammenchlusses.

40. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 25. Sept. bis 1. Oktober 1932

Entschliebung zum Geschäftsbericht.

Zur Frage des Kohlenproblems und der Arbeitszeit im Bergbau faßte der Kongreß folgenden Beschluß:

Kohlenproblem.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß stellt fest, daß die Genfer Beratungen über das Kohlenproblem zur Herbeiführung einer internationalen Kohlenvereinbarung infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer und der Latenzlosigkeit der Regierungen zu keinem Ergebnis geführt haben.

Er macht die Unternehmer und die Regierungen vor der öffentlichen Meinung der Welt für dieses Versagen verantwortlich.

Dabei verschärft das Kohlenproblem sich nicht nur infolge der allgemeinen Krise, sondern auch infolge der tiefgreifenden Veränderungen auf dem Gebiete der Technik.

Unter diesen Umständen ist eine internationale Regelung unumgänglich notwendig, wenn eine weitere gefährdende Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter vermieden werden soll. Angesichts der feindseligen Haltung der Unternehmer und der Regierungen ist der Kongreß der Auffassung, daß durch die Nationalisierung des Bergbaues Abhilfe geschaffen werden muß und fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, eine energische Aktion zur Verwirklichung dieser Forderung einzuleiten.

Arbeitszeit.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß erinnert an die Entschliebungen seiner vorhergehenden Tagungen, worin die Ratifizierung des Genfer Abkommens, das die tägliche Arbeitszeit in den Gruben auf 7 1/2 Stunden begrenzt, gefordert wird.

Er protestiert mit allen Kräften gegen die Haltung der Regierungen, die die Ratifizierung dieses Abkommens verhindern haben.

Er lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Regierungen der sieben großen Bergbauländer auf die fortgesetzte Verschärfung der kohlenwirtschaftlichen Situation. In dieser Beziehung bilden die jüngsten Ereignisse in mehreren beteiligten Ländern für alle eine ernste Warnung.

Der Kongreß fordert daher nochmals mit Nachdruck die Ratifizierung des Abkommens von 1931 über die Arbeitszeit im Bergbau.

Der Kongreß ersucht das Internationale Arbeitsamt, seine Bemühungen um die Einberufung einer neuen Konferenz der in den Abkommen genannten Regierungen nachdrücklich fortzusetzen. Er ruft die angeschlossenen Organisationen auf, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß diese Forderung ohne weiteren Verzug verwirklicht wird.

Er macht sich die Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach einer vierzigstündigen Arbeitswoche in allen Industrien völlig zu eigen, ohne damit seine Forderung nach der Siebenstundenschicht im Bergbau aufzugeben.

Um der öffentlichen Meinung den dringlichen Charakter dieser Forderungen der Bergarbeiterinternationalen nahezubringen, beschließt der Kongreß die Abhaltung großer Massenversammlungen in allen Ländern am 4. Dezember 1932.

Entschliebung zum Kampf gegen den Krieg.

Der Kongreß stimmt dem Bericht über den Kampf gegen den Krieg in seinem vollen Umfange zu. Er verlangt mit allem Nachdruck von den Regierungen die progressive und gleichzeitige Herabsetzung der Rüstungen, und zwar in dem Maße, wie die am meisten abgerüsteten Länder. Er hält es im Interesse der Völker und der Menschheit für erforderlich, daß die erste Abrüstungskonferenz wiederholt wird, um endlich zur völligen Abrüstung zu gelangen.

Der Kongreß unterstreicht die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der Völker auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, wodurch gleichzeitig dem Völkerbund die Mittel gegeben werden, um seine wirkliche Friedensaufgabe zu erfüllen.

Der Kongreß verpflichtet sich, alle seine Kräfte gemeinsam mit der Gewerkschaftsinternationalen für den endgültigen Frieden einzusetzen.

Entschliebung zur Lage im Erzbergbau.

Es soll ein kleiner Sachausschuß gebildet werden, der jeweils vor den internationalen Komiteesitzungen zusammentritt und die Angelegenheiten der Rati- und Erzbergarbeiter vorbereitet, die dann vom Komitee geprüft werden, das darüber befindet und endgültig beschließt.

Am Grabe von Karl Marx.

Der deutschen Delegation zum 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß in London stand ein besonderes Erlebnis bevor, als sie zu dieser Tagung reiste. Von der Delegationsführung war nämlich ein Besuch am Grabe des großen Altmeisters des Sozialismus, Karl Marx, vorgesehen worden, der in London auf dem Friedhof von Highgate begraben liegt.

Schon am ersten Kongreßtage, am Nachmittag des 13. September, bot sich Gelegenheit, den beabsichtigten Besuch durchzuführen. Am Tagungslokal, Kingsway Hall, war Sammelplatz. Neben den deutschen Kameraden schlossen sich noch einige tschechische und österreichische an, die sich diese Gelegenheit ebenfalls nicht entgehen lassen wollten. Ein großer Omnibus diente als Beförderungsmittel, wodurch den Mitfahrern Gelegenheit geboten wurde, durch eine Fahrt quer durch London von sicherem Hort aus den einzigartigen Straßenbetrieb dieser Weltstadt kennenzulernen. Nach etwa halbstündiger Fahrt zeigte sich, plötzlich aus dem Häusermeer auftauchend, links von uns sich verdrängendes Baumgrün, aus dem da und dort weiße Grabdenkmäler hervorleuchteten. Es war der Totenhain, in dem der große Lote, dem unser Besuch galt, zu seinem letzten Schlaf gebettet war.

Als wir dem Omnibus entstiegen waren und vor den Haupteingängen zum Friedhof standen, waren wir alle überrascht von der künstlerischen und reichen Pracht, die die Steinmonumente der Gräber, soweit sie von unserem Standort aus zu überschauen waren, darboten.

Die feierliche und still-besinnliche Stimmung, in die uns dieser erste Anblick versetzte in der Voraussetzung, daß auch unser Altmeister in gleich würdiger Weise wie die vor uns liegenden Toten gebettet sei, wurde gleich dadurch etwas gestört, daß uns der Friedhofswärter aufmerksam machte, daß ein Photographieren des Grabes nicht gestattet sei. Auf die Frage: „Weshalb?“ hörten wir, daß der Enkel von Karl Marx das verboten habe.

Dieser Sachverhalt stimmte uns etwas trübe, da natürlich alle Teilnehmer schon als etwas besonders Erlebnenswertes und Erinnerungswürdiges angenommen hatten, am Grabe von Karl Marx photographiert werden zu können und ein solches Bild als seltsames Gut mitzubekommen. Die uns wenigstens so scheinende unverständliche Anordnung des Enkels von Marx hatte diese Vorfreude aber nun gründlich zerstört. Da sich auch der Wärter nicht zu einem zustimmenden Entschluß glaubte aufrufen zu dürfen, gingen wir auf die Suche nach der Ruhestätte unseres Vorkämpfers, um ihm zu Ehren dort einen Kranz niederzulegen.

Je weiter wir in dem Gräbermeer vordrangen, desto größer wurde mit der äußeren Veränderung des Friedhofsbildes auch der Wechsel unserer inneren Stimmung. Die reichen und prachtvollen Grabmonumente wurden nämlich immer spärlicher und wichen immer mehr einfachen und schlichten Steinen, bis wir schließlich merkten, daß wir zuerst den Friedhof der Reichen, der Bourgeoisie vor uns hatten und durchschritten, während wir nun allmählich zu dem Arme-Leute-Friedhof vordrangen.

Diese Veränderung wurde immer drastischer, bis wir schließlich in ein Viertel kamen, in dem alle Gräber mit dem gleichen einfachen Grabstein geschmückt waren. Unzweifelhaft, daß wir hier, im Vergleich mit dem „vornehmen“ Teil, das „Proletarier-viertel“ vor uns hatten, in dem auch er, der Kämpfer für Geschichte und Zukunft des Proletariats, zu dem er mit all seinem Kiefendenken und mit seinem Zielstreben während seiner Lebenszeit stand, sich auch zum ewigen Schlummer beiten ließ.

Diese Feststellung hob ihm unsere Herzen noch viel höher entgegen und ließ, im Vergleich mit der Größe dieser idealistischen Weltanschauung der Verbundenheit dieses geschichtlich Großen mit der Klasse der Vermittler, die vorher von uns bewunderte Pracht der Grabmonumente auf den Gräbern der Reichen wie lächerlichen Fittler und Tand erscheinen. Und das Gefühl der Verwunderung und des Staunens beim ersten Anblick jenes äußerlichen Landes schlug jetzt um in große Verehrung und Dankbarkeit demjenigen gegenüber, dessen Grab uns da drüben aus dem einfachen Gleichbild der Gräber entgegenzuwinkeln schien.

Ohne jeglichen Schmuck lag es da, mit schlichtem Rasen bewachsen, auf dem eine einzige halbverblühte Blume stand. Nicht einmal ein Stein zierte das Kopfende, an dem statt dessen ein Metallkasten stand, der, hinter Glas, einen einfachen Kranz mit einer Widmung an den Toten enthielt, wahrscheinlich von einer russischen Delegation bei einer Gelegenheit dort hingebracht.

Nun kam als nächster und neuer Schmuck unser Kranz hinzu, den eine Schleife zierte mit der Aufschrift: „Dem unvergeßlichen Vorkämpfer. — Die deutsche Delegation zum 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß, London, 1932.“ Unserem Vorgesetzten Husemann war die Aufgabe zugefallen, die Kranzniederlegung vorzunehmen und damit eine kleine Widmung zu verbinden. Die Zeremonie wurde von einem tschechischen Kameraden geleitet, der, trotz scharfer Kontrolle durch den Friedhofswärter, hinter den Kameraden versteckt, eine Aufnahme vom Grabe mit dem niedergelegten Kranz zu machen. Mit dem Bilde will er seinen Freunden zu Hause zeigen, daß hier einer der Größten der Menschheitsgeschichte ruht an einer Stätte, deren Äußeres gleich schlicht und einfach ist wie die letzte Ruhestätte irgendeines Lohnarbeiters auf irgendeinem anderen Massengrab.

Massengrab? Das Wort klingt etwas profan, trifft aber, wenigstens auf das Viertel, in dem Karl Marx hier auf dem Friedhof von Highgate ruht, buchstäblich zu. Wenige Meter von seinem Grabe entfernt sahen wir nämlich Massengräber im wahrsten Sinne des Wortes. Fünfzehn, zwanzig kleine Holzkreuze und Namensschilder stehen dort auf einem einzigen Grabhügel zusammen. Wir dachten zuerst an eine Aufbereitung des Friedhofs und eine Zusammenstellung der Kreuze eingebrochener Gräber. Voller Staunen mußten wir uns aber von dem Fried-

hofswärter belehren lassen, daß dem keinesfalls so sei, sondern daß es sich um Lote armer Hinterbliebener handle, die nie in der Lage waren, ihren teuren Verstorbenen eine eigene Grabstätte zu kaufen, was hier, da es sich um einen Privatfriedhof handle, notwendig sei. So tun sich die Armen zusammen und kaufen zu fünfzehn und zwanzig ein einziges Grab, das, in einer Gesamttiefe bis 20 Fuß, nun alle „Beteiligten“ aufnimmt.

In unseren Köpfen beginnen sich Gedanken zu drängen und zu überschlagen und in unseren Herzen sonderbare Gefühle zu regen: Karl Marx — Sozialismus — Proletariat — Solidarität — Freiheit und Menschlichkeit — Aufstieg — Klassenkampf — Internationalen.

Wirklich, diese Stätte atmet plötzlich alles, was um diese Menschen in der Geschichte lebt und was er in sie hineingeworfen hat. Wir fühlen, daß uns hier ein großes, für die meisten der Teilnehmer einzigartiges und vielleicht auch nur einmaliges Erlebnis zuteil wurde. Aus dieser Stimmung heraus fand dann auch unser Kamerad Husemann seine Worte, die er als

Widmung an den toten Karl Marx

bei der Kranzniederlegung sprach und von denen wir folgendes festhielten:

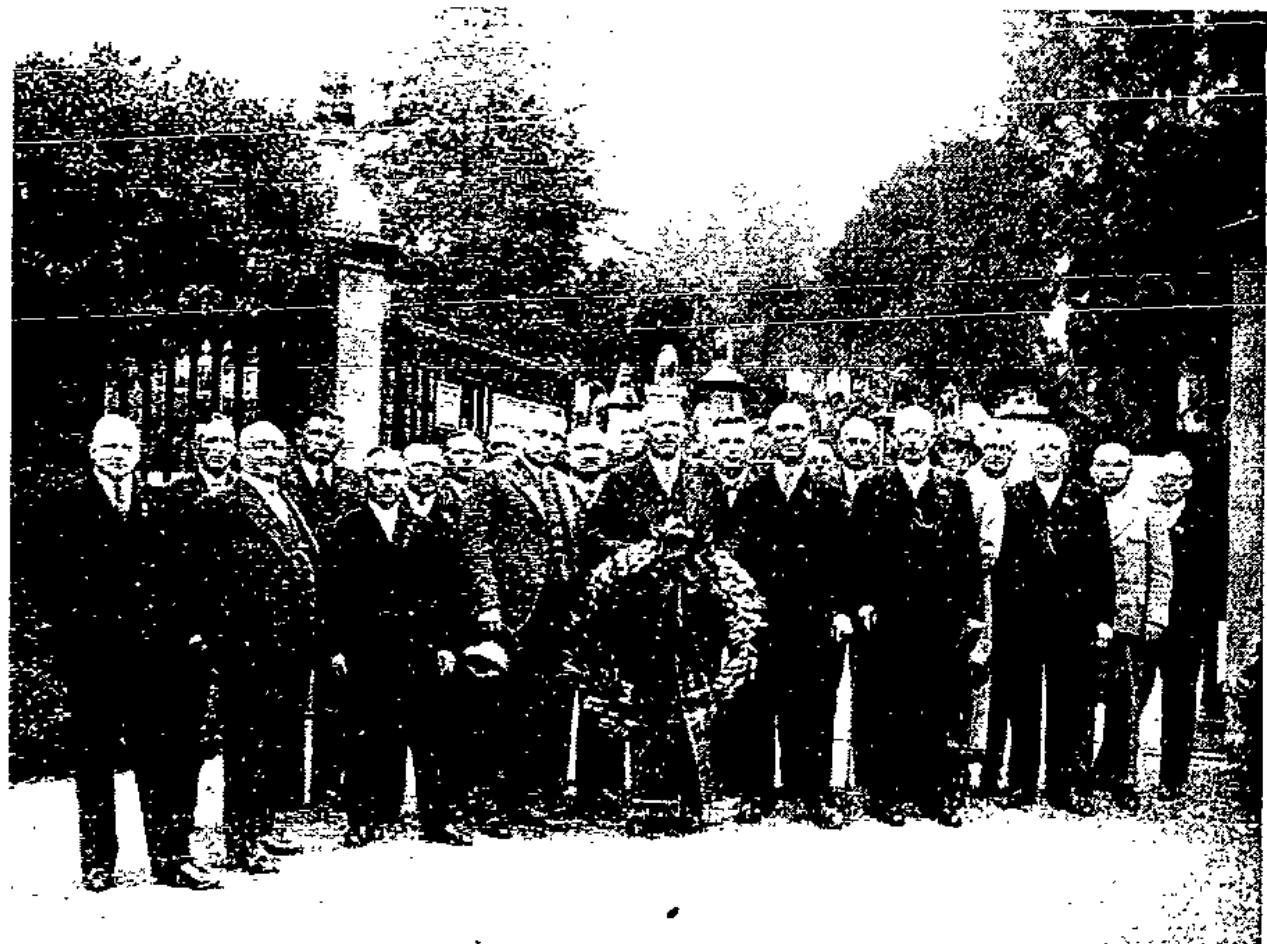
Liebe Kameraden, Genossen! Wir haben es für eine Ehre empfunden, unseren Londoner Aufenthalt mit einer Ehrung des Mannes zu verbinden, dessen geistiges Werk heute noch in der deutschen und in der internationalen Arbeiterbewegung lebendig ist. Wenn wir heute im Namen der deutschen Delegation am Grabe unseres unvergeßlichen Vorkämpfers einen Kranz niederlegen, so bringen wir mit dem Grabe aller deutschen Freigewerkschafter unsere Verbundenheit mit dem Gedankengut von Karl Marx, mit seinem Idealismus, mit seinem Kämpfermut, aber auch mit seiner unbestechlichen Sachlichkeit im Erkennen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zum Ausdruck.

Karl Marx war Kämpfer und Streiter zugleich, als Kämpfer und Erwecker des Proletariats von einer Eindringlichkeit, die heute noch seine Parolen gültig sein läßt: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Marx hat den Arbeitern aber auch den Weg gewiesen, um zu diesem großen, völkerbefreienden Ziele zu gelangen, den Weg des Zusammenstehens, den Weg der Organisation. Wie aktuell ist doch das Wort von Marx, das er bei der Gründung des ersten internationalen Arbeiterkongresses in Paris im Jahre 1862 prägte: „Die Arbeiter haben eine große Chance ihres Erfolges in ihrer großen Zahl. Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.“ Das gilt heute noch.

Wenn wir diesen großen Säemann der Menschheit ehren, so wollen wir damit ein klein wenig von der Dankeschuld abtragen, die die Arbeiter aller Länder, insbesondere aber die deutschen Bergarbeiter seinem Werk gegenüber haben. Marx war Deutscher, ein Kind des deutschen Idealismus. Er hat den Arbeitern Ideale gegeben und ihnen damit in ihrem dunklen Dasein Lichter aufgesteckt, die erst ihren Leben Bedeutung verleihen. Deutschland hat es ihm nicht gedankt, sondern ihn des Landes verwiesen. Marx ist Deutscher auch in der Fremde, auch in der Not geblieben. Als Marx der 1818 geboren wurde, im Jahre 1883 starb, da bedeutete sein Tod kein Ende, sondern einen Anfang. Der Samen, den er ausgestreut hat, ist aufgegangen. Dieser Acker müssen wir immer wieder von neuem bestellen, damit es Licht werde in den Köpfen und Sinnen der Arbeiter und der Menschheit. Dafür zu streiten, ist ein guter Kampf. Karl Marx hat ihn uns vorgekämpft; mehr als eine Generation nach ihm haben diesen Kampf weitergekämpft und noch künftige Geschlechter werden ihn kämpfen, bis unter dem Banner des Sozialismus der Menschheit Frieden und Freiheit werde.

Dir, Karl Marx, gilt der Gruß der deutschen Bergleute „G l ü c k a u f!“



Die deutsch sprechenden Delegierten auf dem 30. Internationalen Bergarbeiterkongreß in London vor dem Friedhofe von Highgate, auf dem sie am Grabe von Karl Marx einen Kranz niederlegten.

Sowjetrussischer Rohhandel mit Privatkapitalismus.

Die internationale Petroleumkonkurrenz spielt auch im politischen Leben eine große Rolle. Die Umstellung vieler Maschinen (Schiff und Eisenbahn) auf Delantrieb verleiht dem Petroleum eine fast gleiche Bedeutung wie der Steinkohle. Man denke darüber hinaus nur an die bedeutende Rolle, die das Petroleum (für die Benzingerwinning) bei der sich stets steigenden Verbreitung des Kraftwagenverkehrs spielt. Kein Wunder also, daß die Delgewinnung treibenden, sowie die in stets steigendem Maße Delverbrauchenden Staaten in ständiger Unterhandlung über die besten Lieferungs- und Bezugsbedingungen stehen. Dabei bilden sich einzelne Gruppen, die gemeinsam mit der Konkurrenz den Kampf führen, um auch dann gemeinsam am erzielten Nutzen zu profitieren.

Neuerdings läßt sich auf diesem Kampfbereich eine an sich eigenartige Gruppierung beobachten, nämlich ein Zusammenarbeiten zwischen Sowjetrußland und dem prototypischen privatkapitalistischen Amerika. Grund? Die Russen wollen sich über diese Zusammenarbeit die Anerkennung der Sowjetunion als

legalen Staat durch die Vereinigten Staaten einhandeln. Sie gehen sogar soweit, um diesen Preis den Amerikanern bzw. verschiedenen großen amerikanischen Delgesellschaften Konzessionen zur Ausbeute von Vorräten im Kaukasus verleihen zu wollen, wenn ihnen dafür die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten zuteil würde.

Man sieht, daß selbst die Kommunisten und Bolschewisten Rußlands unter Umständen vor den realen Verhältnissen so weit kapitulieren, daß sie sogar davor nicht zurückschrecken, am bolschewistischen Wirtschaftssystem Verrat zu üben und den bereits vertriebenen Privatkapitalismus wieder ins Land hereinzulassen, wogegen sie der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterführung Verrat vorwerfen deshalb, weil sie noch nicht den Privatkapitalismus restlos ausgerottet hat. Politik als Agitation und Phrasen ist eben leichter als realpolitisches Wirken, um auch tatsächliche Vorteile für den Arbeiter zu sichern, wobei keineswegs gefagt ist, daß das letztere in diesem Falle durch das hier aufgezeigte Unteraufschubprojekt der Russen geschehen könne. Wir halten das Gegenteil für gegeben. Im politischen Jargon der kommunistischen Hegapopelst müßte man hier sagen: Die Sowjetmacht habe verlaufen Produktionsbetriebe und ihre Arbeiter an privatkapitalistische Ausbeuter, um sich ihre eigene politische Stellung zu erleichtern.

